



Ursula Münch

Hanns Seidel – Wegbereiter für eine neue Zeit

Publikation

Vorlage: Datei des Autors

Eingestellt am 5. Oktober 2011 unter

www.hss.de/download/110729_RM_Muench.pdf

Autor

Prof. Dr. Ursula Münch

Universität der Bundeswehr München

Institut für Politikwissenschaften

Professur für Innenpolitik und Vergleichende Regierungslehre

Veranstaltung

Hanns Seidel – Wegbereiter für eine neue Zeit

Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung

am 29. Juli 2011

im Konferenzzentrum München

Empfohlene Zitierweise

Beim Zitieren empfehlen wir hinter den Titel des Beitrags das Datum der Einstellung und nach der URL-Angabe das Datum Ihres letzten Besuchs dieser Online-Adresse anzugeben.

[Vorname Name: Titel. Untertitel (Datum der Einstellung).

In: <http://www.hss.de/...pdf> (Datum Ihres letzten Besuches).]

Politische Bildung - Aktuelle Bedeutung und künftige Herausforderungen

Der nachfolgende Beitrag widmet sich in erster Linie den aktuellen und künftigen Herausforderungen für die Politische Bildung. Angesichts des Anlasses der Publikation, dem 50. Todestag und 110. Geburtstag von Hanns Seidel, liegt aber eine Ausweitung des Themas nahe: Es wird daher im Folgenden auch darauf einzugehen sein, wie sich der Auftrag für die Politische Bildung aus der Sicht von Hanns Seidel dargestellt hat und welches in seiner Zeit zentrale Anforderungen an die Politische Bildung waren.

Politische Bildung in den 1950er und 1960er Jahren

Während der unmittelbaren Nachkriegsjahre wurde von kritischen Zeitgenossen immer wieder ein Zusammenhang zwischen dem Scheitern der Weimarer Demokratie und den damaligen Defiziten im politischen Wissen der Bevölkerung hergestellt. Diese Diagnose wurde in den 1950er Jahren teilweise mit dem besorgten Hinweis verbunden, dass diese Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Demokratieeignung der Bürgerschaft nach wie vor groß sei.¹ Auch wenn damalige Pädagogen attestierten, dass bereits „manches Gute für die Politische Bildung geschehen sei“, stellten sie doch fest: Die Aufbaujahre nach dem Krieg seien zwar wirtschaftlich sehr gut genutzt worden, „nicht aber in ausreichender Weise“ für die Politische Bildung.²

Hanns Seidel hatte mehrfach Gelegenheit, seine Einschätzungen zur Bedeutung und zu den Orten der Politischen Bildung zu äußern. Am prominentesten geschah dies im Rahmen der damaligen Auseinandersetzung über die Errichtung der Akademie für Politische Bildung im Jahr 1956.³ In seinen damaligen Redebeiträgen begründete Hanns Seidel sein klares Bekenntnis zur Notwendigkeit von Politischer Bildung zunächst mit bestehenden Defiziten: Die Politische Bildung „weiter Kreise unserer Bevölkerung“ sei „mangelhaft und ungenügend“.⁴

¹ So die Einschätzung des späteren Direktors der Akademie für Politische Bildung Tutzing, Dr. Felix Messerschmid, in seiner Rede vom 22.2.1956 vor dem Bayerischen Landtag. Abgedruckt als: Messerschmid, Felix: Die Akademie als Mitte der politischen Bildungsarbeit. In: Oberreuter, Heinrich/Elsner, Steffen H.: Kristallisationskern politischer Bildung. Zur Geschichte der Akademie 1957 bis 2007. München: Olzog 2009, S. 27-41, hier S. 27 f.

² Ders., ebd., S. 29.

³ Zur Entstehungsgeschichte der Akademie für Politische Bildung Tutzing vgl. Karl-Ulrich Gelberg "Eine Existenzfrage unserer Demokratie". Die Gründung der Akademie für Politische Bildung München: Olzog 2007

⁴ Hanns Seidel: StenProt BayLT 3/59 vom 24.4.1956, S. 1905.

Die eigentliche Bedrohung der Demokratie sah Hanns Seidel in seiner damaligen Funktion als Sprecher der (oppositionellen) CSU-Fraktion dabei weniger in den „Angriffen von rechts und links“, als vielmehr in der Gefahr, „die aus der Schwäche kommt, die Freiheit zu begreifen und in der Freiheit zu leben und zu wirken“.⁵ Politische Bildung, so Hanns Seidel im Mai 1956, setze zwar ein „Mindestmaß von Wissen“ voraus, sie verlange jedoch mehr. Sie wachse hervor „aus der rechten Einschätzung des hohen Wertes einer Gemeinschaftsordnung auf der Grundlage der Gerechtigkeit und Freiheit“, und sie gipfele schließlich in „der Bereitschaft, diese freiheitliche Ordnung zu behaupten und für ihre Erhaltung auch persönliche Opfer zu bringen“.⁶ Politische Bildung, diese Auffassung vertrat Hanns Seidel auch in seiner Funktion als Bayerischer Ministerpräsident, müsse so beschaffen sein, dass die Staatsbürger „verführerischen Schlagworten und demagogischen Parolen – ganz gleich, aus welcher Richtung sie kommen – nicht kritiklos verfallen“ könnten.⁷

Im Jahr 1956 sprachen sich die CSU-Fraktion und mit ihr Hanns Seidel dafür aus, den Auftrag zur Politischen Bildung nicht vorrangig bei einer einzelnen Institution ansiedeln, sondern in eine Gesamtstruktur einzubetten. Ihr damaliger Alternativvorschlag zum Plan der Viererkoalition, eine Akademie für Politische Bildung einzurichten, sah vor, die Politische Bildung auf eine „möglichst freie und breite Basis zu stellen“. Da man unterstellte, dass „jede vom Staat her eingerichtete, verwaltete und gelenkte Anstalt“ mit großer Wahrscheinlichkeit „wirkungslos“ sein werde,⁸ sah der CSU-Vorschlag alternativ vor, „die Politische Bildung im freien Raum den freien Bildungsträgern sozusagen als Selbstverwaltungsaufgabe zu überlassen“.⁹ Dieser Vorschlag basierte auf folgender Einschätzung: „Unser Staatswesen hängt geistig weitgehend im luftleeren Raum, es wird im wesentlichen nur von der Regierung, dem Parlament und den Beamten gehalten und getragen.“

Hanns Seidels damalige Diagnose ist allein schon deshalb interessant, weil er das Fehlen von Strukturen beschrieb, die wir heutzutage als zivilgesellschaftliche Strukturen bezeichnen. Deren schwache Ausprägung, so Seidel, führe zu einem beklagenswerten Erscheinungsbild des staatlichen Lebens. Diesem bescheinigte er „Blutarmut“.¹⁰

⁵ Ders., ebd.

⁶ Hanns Seidel: StenProt BayLT 3/63 vom 23.5.1956, S. 2058.

⁷ Hanns Seidel: Politische Reife und Mündigkeit. Rede anlässlich des Festaktes zur Eröffnung der Akademie für Politische Bildung Tutzing am 21.2.1959 in der Großen Aula der LMU München. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Über die Freiheit. Festvorträge zur Gründung und zu den Jubiläen der Akademie. 50 Jahre Akademie für Politische Bildung. München: Olzog 2008, S. 17-22, hier S. 17.

⁸ Hanns Seidel: StenProt BayLT 3/63 vom 23.5.1956, S. 2060.

⁹ Ders., ebd.

¹⁰ Hanns Seidel: StenProt BayLT 3/63 vom 23.5.1956, S. 2060.

Hanns Seidel wollte gerade denjenigen Organisationen im gesellschaftlichen Raum Funktionen in der und für die Politische Bildung zuweisen, deren Distanz zum Staat und zum Gemeinwohl er gleichzeitig bemängelte. Diesen scheinbaren Widerspruch versuchte er aufzulösen. Und zwar mit dem Hinweis, dass eben diesen Standesverbänden, Jugendgruppen, Bildungs- und Kulturvereinigungen ungeahnte Kräfte „zuströmen“ würden. Dies sei dann der Fall, wenn „alle diese Gemeinschaften in ihre Verbandsziele auch die Bildung des Staatsbürgers aufnähmen, wenn sie die Sache des Staates zu der ihrigen machten“.¹¹

Der Auftrag, die Politische Bildung zu einem der Verbands- oder Vereinsziele zu machen, sollte dieser Konzeption zufolge zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen hielt Hanns Seidel es für erforderlich, die Verbindung zwischen den zivilgesellschaftlichen Strukturen und denen des Gemeinwesens auf eine neue Grundlage zu stellen. Zum anderen und vor allem wollte Hanns Seidel aber die Politische Bildung der Bürger und damit die Zukunft der demokratischen Ordnung in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland fördern.

Gemeinsamkeiten und Unterschiede – Politische Bildung damals und heute

Die Nachkriegsjahre waren geprägt von dem Verlust an Orientierung, der mit dem Ende des NS-Regimes einherging. Als Folge dieses Orientierungsverlusts war die westdeutsche Gesellschaft auch noch Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik von einer „tiefen Sinnkrise“ verunsichert.¹² Die damals völlig anderen politischen Ausgangsbedingungen – Kalter Krieg und Deutsche Teilung – schufen auch andere Anforderungen an die Politische Bildung. Deutschland, so der Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser, stelle sich gleichsam als eine „Experimentierstation“ dar, „an der sich die Spannungen der Welt der Gegenwart unmittelbar äußern“.¹³ Aus dieser Konstellation ergab sich eine ganz zentrale Zielsetzung für die Politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland: Diese sollte sich klar von der ideologisierten Politischen Erziehung der DDR abgrenzen.

Die damalige politische Verunsicherung trug zur apolitischen Haltung einer Mehrheit der Bevölkerung bei: ca. Zweidrittel der westdeutschen Bevölkerung zeigte in den 1950er Jahren

¹¹ Ders., ebd..

¹² Günther Schulz: Rahmenbedingungen. In: Band 3 der Geschichte der Sozialpolitik. 1949-1957 Bundesrepublik Deutschland. Bewältigung der Kriegsfolgen, Rückkehr zur sozialpolitischen Normalität 2005, S. 53.

¹³ Rede von Prof. Dr. Arnold Bergstraesser am 22.2.1956 vor dem Bayerischen Landtag. Abgedruckt als: Bergstraesser, Arnold: Das Wesen der politischen Bildung. In: Oberreuter, Heinrich/Elsner, Steffen H.: Kristallisationskern politischer Bildung. Zur Geschichte der Akademie 1957 bis 2007. München: Olzog 2009, S. 15-25, hier S. 16.

kein Interesse an politischen Fragen.¹⁴ Stattdessen war eine deutliche Mehrheit der Bundesdeutschen bis in die 1960er Jahre weitgehend auf den Beruf sowie die Familie bezogen; angesichts einer Sechstageswoche und einer Arbeitszeit für Industriearbeiter von in der Regel 50 Wochenstunden¹⁵ blieb einem Großteil der Bevölkerung für Freizeitaktivitäten ebenso wenig Zeit wie für politisches Engagement.

In dieses Bild einer leistungsorientierten Gesellschaft im Wiederaufbau passt, dass die Vorzüge der neuen politischen Ordnung zunächst weniger in der Demokratie und der Freiheit gesehen wurden als im wirtschaftlichen Erfolg. Diese insgesamt apolitische Haltung der 1950er Jahre wirkte auch in die Schulen hinein: So wies der Politikwissenschaftler Thomas Ellwein in einer Studie im Jahr 1955 auf die geringe Bereitschaft v.a. älterer Lehrer hin, politische Fragen zu thematisieren und Unterricht in Politik zu erteilen.¹⁶

Grundsätzliche Aufgaben der Politischen Bildung

Einzelne Anforderungen an die Politische Bildung haben sich seit den 1950er Jahren vollständig verändert, andere wiederum erscheinen zeitlos.¹⁷ Mit Blick auf die zeitlosen Anforderungen und Aufgaben ist an erster Stelle eine Feststellung von Alexis de Tocqueville zu nennen, die Theodor Eschenburg im Jahr 1955 wieder ins Gedächtnis rief: Der Zustand der Demokratie sei, so Tocqueville, „weder gut noch böse, sondern ständiger Korrektur bedürftig, weil ihm tödliche Gefahr droht“.¹⁸ Eschenburg ergänzte diese Diagnose durch die Aufforderung zum Demokratielernen: Demokratie „mit ihrem komplizierten System“, so Eschenburg, müsse „gelernt werden“. Denn so Eschenburg: „Der mündige Bürger fällt nicht vom Himmel“.¹⁹ Der Einschätzung, dass zu den grundlegenden Aufgaben politischer Bildung zunächst die Vermittlung von Wissen sowie darauf aufbauend die Befähigung zur kritikfähigen Identifizierung

¹⁴ Meulemann, Heiner: Wertewandel in der Bundesrepublik zwischen 1950 und 1980: Versuch einer zusammenfassenden Deutung vorliegender Zeitreihen. In: Oberndörfer, Dieter/Rattinger, Hans/Schmitt, Karl (Hrsg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot 1985, S. 391-411, hier S. 397f.

¹⁵ Vgl. Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre. Hamburg: Christians 1995, S. 443.

¹⁶ Ellwein, Thomas: Pflegt die deutsche Schule Bürgerbewusstsein? Ein Bericht über die staatsbürgerliche Erziehung in den höheren Schulen der Bundesrepublik. München 1955 wiedergegeben nach Detjen, Joachim: Politische Bildung. Geschichte und Gegenwart in Deutschland. München/Wien: Oldenbourg 2007, S. 114 f.

¹⁷ Vgl. Sutor, Bernhard: 50 Jahre Politische Bildung – Erfolge und Defizite in einer subjektiven Bilanz. In: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Standortbestimmung Politische Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau 2009, S. 23-36.

¹⁸ Alexis de Tocqueville, zitiert nach Eschenburg, Theodor: Herrschaft der Verbände? Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1956, S. 7.

¹⁹ Eschenburg, Theodor: Anfänge der Politikwissenschaft und des Schulfaches Politik in Deutschland seit 1945. In: Augsburger Universitätsreden 7. Vortrag und Ansprachen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Philosophische Fakultät. Augsburg 1986, S. 27 (http://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/volltexte/2006/474/pdf/UR_7Eschenburg1986.pdf).

fikation mit der verfassungsmäßigen Ordnung gehört, ist zuzustimmen. Diese Wissensvermittlung durch die Politische Bildung muss aber gewissen Ansprüchen genügen. Oder um Felix Messerschmid, den ersten Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing, zu zitieren: „Was schon im nächsten Jahr vergessen sein wird, hat für die Politische Bildung wenig Interesse.“

Zusätzlich zu einer so verstandenen Wissensvermittlung und zu der genannten Befähigung zur kritikfähigen Identifikation mit der verfassungsmäßigen Ordnung kommt der politischen Bildung zum einen die Aufgabe zu, die Toleranzfähigkeit und die politische Urteilskraft der Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Zum anderen muss Politische Bildung aber auch immer wieder deutlich machen, dass erstens die Demokratie die beste aller realisierbaren Ordnungsformen unseres Gemeinwesens ist und dass zweitens das Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger notwendig ist, um die Demokratie auch zu erhalten.

Aus dieser Aufgabenbeschreibung ergeben sich handlungsorientierte Aufgaben für die Politische Bildung: Sie muss gerade jungen Menschen die Erfahrung und auch die praktische Anleitung vermitteln, dass sie durch ihr Engagement und ihr Verhalten aktiv dazu beitragen können, wie diese Gesellschaft in Zukunft aussehen wird. Indem Politische Bildung zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe nicht nur befähigt, sondern auch motiviert, schafft sie die Grundlage dafür, dass gerade auch junge Menschen Beachtung und Anerkennung finden und sich selbst nicht als ausgegrenzte, sondern als wirksame Mitglieder der Gesellschaft wahrnehmen.²⁰

Politische Bildung darf ihren Anspruch demnach nicht darauf beschränken, aus 100%igen Demokraten, 120%ige Demokraten zu machen. Vielmehr besteht die schwierige Aufgabe darin, zum einen das weitere Anwachsen der Gruppe von Nichtwählern sowie der Protestwähler zu verhindern und zum anderen auf das allmähliche „Verschwinden des Monopols der institutionellen und konstitutionellen Partizipationsformen“ zu reagieren.²¹

Ebenfalls zeitlos ist die Wirkung von Vorbildern. Eschenburg äußerte die Einschätzung, dass die „politische Erziehung des Volkes im ganzen ... weitgehend durch die Politik“ geschehe.²² Angesichts des Wandels hin zur Mediendemokratie würden wir diesen Satz heute anders for-

²⁰ Zum Zusammenhang zwischen sozialer Ausgrenzung und der Entstehung von Aggression vgl. Bauer, Joachim: Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt. München: Blessing 2011, S. 58 ff.; vgl. Deth, Jan W. van: Politische Partizipation. In: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS 2009, S. 141-161, hier S. 153 f..

²¹ Van Deth, ebd., S.156.

²² Theodor Eschenburg nach einem Zitat von Prof. Dr. Hans-Otto Mühleisen anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Augsburg, Augsburger Universitätsreden, 1985, S. 5 http://opus.bibliothek.uni-augsburg.de/volltexte/2006/474/pdf/UR_7Eschenburg1986.pdf

mulieren: Die politische Erziehung geschieht nicht allein durch die Politik, sondern gerade auch durch die mediale Darstellung von Politik. Eschenburg zog aus seiner damaligen Beobachtung eine Schlussfolgerung, die selbst dann noch relevant ist, wenn man die vorgenommene Änderung des Zitats mit Blick auf die Rahmenbedingungen einer Mediendemokratie akzeptiert: „Deshalb werden die Bemühungen um politische Erziehung scheitern, wenn nicht die Politiker sich der erzieherischen Wirkung bewusst sind, die im Guten und Schlechten von ihrem Handeln ausgeht“.²³ Ministerpräsident Hanns Seidel schätzte die Verantwortung der politischen Akteure ähnlich ein: „Gerade weil das unmittelbare politische Geschehen so eng mit der Aufgabe der politischen Bildung verbunden ist, wird deren Bewältigung mit von *dem* abhängen, was wir tun, was wir reden und wie wir uns verhalten“.²⁴

Neue Herausforderungen für die Politische Bildung

Veränderte Herausforderungen ergeben sich für die Politische Bildung sowohl mit Blick auf ihren Adressatenkreis als auch hinsichtlich der Veränderungen in Politik und Demokratie selbst.

Veränderungen beim Adressatenkreis von Politischer Bildung

Der demografische Wandel sowie die gesellschaftliche Differenzierung wirken sich in zweierlei Hinsicht auf die Politische Bildung aus: Zum einen werden sie selbst zu deren Thema, zum anderen müssen die Anbieter und Multiplikatoren der Politischen Bildung sowohl mit ihren Angeboten als auch mit ihren Methoden auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren.

Damit stellt sich die Frage: Wie kann und soll Politische Bildung darauf reagieren, dass wir bzw. die Gesellschaft uns folgendermaßen verändern: weniger, bunter und älter?²⁵ Bei den hier plakativ genannten Veränderungen handelt es sich nicht um eine politische Zielkonzeption, sondern um eine Tatsachenfeststellung. Mit ihr muss sich nicht nur die Politik, sondern eben auch die Politische Bildung auseinandersetzen.

²³ Ders., zitiert nach ebd.

²⁴ Seidel 1959, S. 20 f. (FN 7), Hervorhebung im Original.

²⁵ Vgl. Kösters, Winfried: Weniger, bunter, älter. Den demografischen Wandel aktiv gestalten. München: Olzog 2011.

Die Auswirkungen der Zuwanderungsgesellschaft

Als Folge der Zuwanderung in die Bundesrepublik klaffen Staatsbürgerschaft und Einwohnerschaft inzwischen stark auseinander: Ein wachsender Teil der bundesdeutschen Wohnbevölkerung ist nicht oder noch nicht deutscher Staatsbürger.²⁶ Hierbei handelt es sich um einen wichtigen Tatbestand für die Politische Bildung. Schließlich ist die oben getroffene Feststellung, dass das Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger notwendig sei, um die Demokratie auch zu erhalten, so nicht völlig richtig. Die darin zum Ausdruck kommende Beschränkung auf die Staatsbürger allein reicht nicht mehr.²⁷ Die bei uns ohne die deutsche Staatsbürgerschaft Lebenden, also die Einwohnerinnen und Einwohner, müssen sich nicht für die Demokratie interessieren und sie brauchen sich auch nicht für sie engagieren. Aber: Sie müssen ihren Wert und ihre Werte begreifen, zu schätzen wissen und diese bejahen. Und das ist eine neue und zentrale Aufgabe für die Politische Bildung.²⁸

Veränderungen in der altersmäßigen Zusammensetzung der Gesellschaft

Neben der zunehmend heterogenen Zusammensetzung („bunter“) fällt vor allem ins Gewicht, dass die Bevölkerung älter wird und der Anteil der Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren deutlich niedriger liegt („älter“ und „weniger“). Es verändert sich also das zahlenmäßige Verhältnis der Generationen zueinander. Was bedeutet diese „Unterjüngung“²⁹ der Wahlbevölkerung für die Politische Bildung?

Zunächst ist an eine Feststellung des Soziologen Franz-Xaver Kaufmann zu erinnern: Ihm zufolge kommt es nicht auf die Quantität der nachwachsenden Generation an, sondern auf deren Qualität: „Das relevante Ziel sollte also nicht die Vergrößerung der Geburtenzahlen, sondern die Vermehrung sozialisatorisch erfolgreicher Familien sein“.³⁰ In erster Linie muss es also um die Befähigung der nachwachsenden Generation gehen, am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben aktiv teilnehmen zu können und dieses mitzugestalten.

²⁶ Vgl. Davy, Ulrike: Politische Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Baden-Baden: Nomos 1999; vgl. auch Brun-Otto Bryde: Ausländerwahlrecht und grundgesetzliche Demokratie, Juristenzeitung, 44 (1989), S. 257-304.

²⁷ Vgl. Schönwälder, Karen: Einwanderer als Wähler, Gewählte und transnationale Akteure. In: Politische Vierteljahresschrift 50 (2009), S. 832-849.

²⁸ Vgl. z.B. Lange, Dirk/Polat Ayça: Migration und Alltag. Unsere Wirklichkeit ist anders. Schwalbach/Ts.: Wochenschau 2010; vgl. Reiter, Stefanie/Wolf, Richard: Maßnahmen zur politischen Bildung für Migranten und Migrantinnen. Expertise für die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Bamberg 2006 (<http://www.bpb.de/files/2AELAY.pdf>).

²⁹ Lehr, Ursula: Die Jugend von gestern und die Senioren von morgen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 20/2003, S. 3-5

³⁰ Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main: suhrkamp 2005, S. 163f. (im Original hervorgehoben).

Für die Politische Bildung ergeben sich daraus zwei Anforderungen: Zum einen ist ein bedeutsames Ziel darin zu sehen, dem zahlenmäßig kleiner werdenden Teil der Gesellschaft von unter 20jährigen die Einsicht zu vermitteln, dass die Fähigkeit, Politik mit zu gestalten, nicht allein von der zahlenmäßigen Stärke einer gesellschaftlichen Gruppe abhängig ist, sondern auch von der Intensität und der Qualität ihres Engagements. Und diese Qualität kann mit Hilfe Politischer Bildung gezielt gestärkt werden. Das heißt, mittels Politischer Bildung können die Artikulationsfähigkeit und damit die Hörbarkeit der nachwachsenden Generation gestärkt werden.

Zum anderen darf aber bei einer derartigen Stärkung der Handlungsfähigkeit der jüngeren Generation die Politische Bildung der älteren Generation nicht aus den Augen verloren werden: Schließlich geht es auch darum, die an Lebenserfahrung Reichen darin zu bestärken, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen einzubringen und sich in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft zu engagieren. Auch hierauf werden die Anbieter von Politischer Bildung reagieren müssen. Dabei ist keinesfalls eine stigmatisierende Sonderbehandlung von alten Menschen oder gar ein Seniorenghetto in der Politischen Bildung gefragt. Sondern es wird darum gehen, auf spezifische Weiterbildungsbedürfnisse einzugehen und die älteren Menschen nicht auf ihre Familien- oder Konsumentenrolle zu beschränken.

Bei aller Notwendigkeit, dass die Politische Bildung den demografischen Wandel bei der Ausrichtung ihrer Angebote berücksichtigt, wäre es aber überflüssig und wissenschaftlich nicht begründbar, Schreckensbilder wie etwa das von einer „Gerontokratie“ an die Wand zu malen. Und zwar schon aus dem Grund, weil weder „die Jungen“ noch vor allem „die Alten“ homogene Gruppen bilden: vielmehr sind ihre Lebensläufe durch eine zunehmende Individualisierung geprägt.

Neben den genannten demografischen Veränderungen ist vor allem ein weiterer gesellschaftlicher Trend zu nennen, der die Politische Bildung herausfordert: Das ist der Umstand, dass die Lebensformen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen auseinanderdriften. Nicht nur die jüngste Shell Jugendstudie³¹ konstatiert eine sich vergrößernde Kluft zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Trend äußert sich in mehrfacher Weise:

³¹ Albert, Mathias/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun: Jugendliche in Deutschland – Optionen für Politik, Wirtschaft und Pädagogik. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 2010 (Schriftenreihe 1133), S. 343-360, hier S. 346.

- Herkunftsbedingte Unterschiede in Schul- und Berufslaufbahnen werden durch das Heiratsverhalten auch zunehmend generationell verfestigt.³²
- Die Tendenzen zu einer Segregation des Wohnungsmarktes, also zur „Konzentration bestimmter sozialer Gruppen auf einem Gebiet einer Stadt bzw. einer Stadtregion“³³ verstärken sich gerade in den Großstädten.
- Sowohl die Mediennutzung als auch das Interesse an Politik klaffen schichtbedingt immer weiter auseinander.³⁴

Diese gesellschaftlichen Tendenzen sind auch für die Politische Bildung von Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Annahme, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt eine zentrale Grundlage unserer demokratischen Ordnung darstellt, muss Politische Bildung mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf das Nachlassen der Kohäsionskräfte in unserer Gesellschaft reagieren. So hat Politische Bildung die Aufgabe, spezifische Methoden und eigenständige Formen der Vermittlung zu entwickeln, um auch die Menschen anzusprechen und zur Teilhabe zu motivieren, die eher im politikfernen Leben und Denken verharren bzw. dorthin gelangt sind. Und schließlich können die Angebote der Politischen Bildung dazu beitragen, die verschiedenen Zielgruppen – Alte, Junge, Migranten, Arbeitslose und Erwerbstätige, Christen und Muslime – stärker im Gespräch als bisher zusammen zu bringen.

Inhaltliche Herausforderungen politischer Bildung

Neben den genannten Veränderungen bei den Adressaten politischer Bildung sieht sich die Politische Bildung vor allem dadurch fundamentalen Veränderungen ausgesetzt, dass sich die inneren Funktionsbedingungen der Demokratie in den letzten Jahrzehnten weitreichend verändert haben. Und sie werden sich unter den Bedingungen von Globalisierung und Medialisierung und gesellschaftlichem Wandel noch weiter verändern.³⁵ Auf diese Veränderungen muss auch die Politische Bildung reagieren.

³² Blossfeld, Hans-Peter: Who marries whom in West Germany (mit Andreas Timm), in: Blossfeld, Hans-Peter and Andreas Timm (Eds.): Who marries whom? Educational systems as marriage markets in modern societies, Dordrecht (NL): Kluwer Academic Publishers, 2003, S. 19-35.

³³ Barnick, Ole u.a.: Auswirkungen des Wohnumfeldes auf Armutslage und Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen. Berlin: Humboldt-Universität 2004 (http://www.familienheute.de/attachments/142_Auswirkungen%20des%20Wohnumfeldes%20auf%20Armutslage...pdf)

³⁴ Vgl. Seven One Media: Sinus Milieus. Lebensstil, Fernsehnutzung und Umgang mit neuer Kommunikationstechnologie (http://www.sinus-institut.de/uploads/tx_mpdownloadcenter/SOM_Milieu_Broschuere_2007.pdf).

³⁵ Vgl. Grande, Edgar: Strukturwandel der Demokratie. Politische Bildung in der globalisierten Mediengesellschaft. In: Hessische Blätter für Volksbildung 1/2011, S. 42-51, S. 42.

Erste inhaltliche Herausforderung – Mediendemokratie

Der Begriff der Mediendemokratie umschreibt die Tatsache, dass sich die politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in modernen Demokratien „vorwiegend an den Erfolgsbedingungen einer medialen Öffentlichkeit orientieren“.³⁶ Diese Ausprägung der Demokratie als Mediendemokratie ersetzt die traditionelle repräsentative Demokratie jedoch nicht, sondern hat zur Folge, dass die parlamentarisch-repräsentative Parteiendemokratie durch zusätzliche politische Arenen ergänzt wird.

Unter den Funktionsbedingungen einer Mediendemokratie und der Notwendigkeit für die politischen Parteien, sich auf eine zunehmende Zahl von Wechselwählern einzustellen, bilden ideologische Grundsätze immer weniger die Bezugspunkte von Politik und Politikern. Nicht die Suche nach einer wie auch immer definierten „guten Politik“, sondern die mediale Vermittelbarkeit von Politik und deren Erfolgsmessung mittels Umfragedaten und Popularitätswerten treten zunehmend in den Vordergrund.³⁷

Wenn sich Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse immer häufiger an der medialen Vermittelbarkeit orientieren, birgt dies unter Umständen verschiedene Gefahren:³⁸

Erstens drohen eine Simplifizierung sowie die Emotionalisierung von Politik. Zweitens gerät Politik in die Erwartungsfalle: Das heißt, bedingt durch die Aufmerksamkeitsregeln in der Mediendemokratie fühlen sich Politiker zum Teil zu Versprechungen veranlasst, die über ihre tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten hinausgehen. Drittens erzeugt die mediale Dauerpräsenz von Politik und Politikern bei Bürgerinnen und Bürger die Fehleinschätzung, über Politik Bescheid zu wissen. Viertens steigt – bedingt vor allem durch die Online-Medien – die Geschwindigkeit der Medienberichterstattung. Diese Beschleunigung setzt auch die Politiker unter einen immensen Zeitdruck: Sie müssen nicht nur jederzeit erreichbar, sondern vor allem auch immer kürzeren Zeiteinheiten bereit und in der Lage sein, gegenüber der Öffentlichkeit Einschätzungen zu komplexen Sachverhalten zu liefern.³⁹ Zeit zum Nachdenken und zur Beratung bleibt immer weniger. Und fünftens wirkt eine auf Sensationen und Populismus ausgelegte Funktionsweise eines Teils der Massenmedien nicht nur nicht bildend, sondern im Gegenteil: Sie hat unter Umständen Verdummungscharakter, und – das erscheint besonders

³⁶ Ders., ebd., S. 45.

³⁷ Vgl. Jun, Uwe: Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie. In: Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (Hrsg.): Politik in der Mediendemokratie. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 42/2009. Wiesbaden: VS 2009, S. 270-295, hier S. 283.

³⁸ Die Einschätzung über den (politischen) Medieneinfluss gehen weit auseinander; eine Übersicht gibt Winfried Schulz; vgl. ders.: Politischer Medieneinfluss: Metamorphosen des Wirkungskonzepts. In: Marcinkowski/Pfetsch ebd., S. 103-125, hier S. 105.

³⁹ Zu den „Paradoxien politischer Zeit“ vgl. Rosa, Hartmut: Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt a.M.: suhrkamp 2005, S. 408.

wichtig – sie entzieht der Politik und damit auch der Demokratie das notwendige Vertrauen. Das heißt: Sie verstärkt die ohnehin bestehende Tendenz zur Politikdistanz und zur Verächtlichmachung von Politik und politischem Personal.⁴⁰

Zweite Veränderung im politischen System der Bundesrepublik: Ausweitung der Tendenz zur Aushandlungsdemokratie

Die Tendenz zur Aushandlungsdemokratie ist den Bundesdeutschen aufgrund unseres föderalen Systems sowie der meist bestehenden Notwendigkeit, Koalitionsregierungen zu formen, an für sich nichts Neues. Neu ist aber, dass diese Verhandlungssysteme angesichts der Europäisierung und Globalisierung von Politik weiter an Bedeutung gewinnen und sich die Tendenz verstärkt, dass die entsprechenden Aushandlungsprozesse häufig informell und abseits der Öffentlichkeit ablaufen. Dieses Erfordernis ist zum einen mit der Funktionslogik der Massenmedien kaum vereinbar und zieht zum anderen das demokratiethoretische Problem eines relevanten Bedeutungsverlusts der Bürgerinnen und Bürger nach sich: Bürger fühlen sich von Entscheidungen ausgeschlossen, sie beklagen die fehlende Transparenz von politischen und administrativen Entscheidungsverfahren.

Aus Sicht der politischen Akteure tut sich hier die Schwierigkeit auf, nicht nur den sich aus den Funktionsmechanismen von Verhandlungssystemen ergebenden Anforderungen gerecht werden zu müssen, sondern eben auch den zum Teil gegensätzlichen Transparenz- und Repräsentationsansprüchen der Öffentlichkeit.⁴¹

Die jüngsten Forderungen nach einer stärkeren Bürgerbeteiligung und nach der Aufnahme von Elementen der plebiszitären Demokratie lassen sich als eine Gegenreaktion auf diese Entwicklung interpretieren. Die Frage ist aber, ob diese plebiszitäre Gegenbewegung tatsächlich geeignet ist, das beklagte Transparenzdefizit zu überwinden. Schließlich hätte eine stärkere plebiszitäre Verwurzelung der Politik eine noch stärkere Differenzierung zwischen den interessierten und aktiven Bürgerinnen und Bürgern und den sich „abgehängt“ fühlenden Bevölkerungsteilen zur Folge: „Volksabstimmungen haben eine größere soziale Schiefelage als allgemeine Wahlen“.⁴²

⁴⁰ Vgl. Kaina, Victoria: Declining Trust in Elites and Why We Should Worry About It – With Empirical Evidence from Germany. In: Government and Opposition 43 (2008), S. 405-423.

⁴¹ Spörer-Wagner, Doreen/Marcinkowski, Frank: Politiker in der Öffentlichkeitsfalle? Zur Medialisierung politischer Verhandlungen in nationalen Kontexten. In: Edinger, Micheal/Patzelt, Werner J. (Hrsg.): Politik als Beruf. Sonderheft 44/2010, S. 416-438, hier S. 423 f.

⁴² Merkel, Wolfgang: Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon. In: WZB Mitteilungen Heft 131 März 2011, S. 10-13, hier S. 12.

Konsequenzen für die Politische Bildung

Demokratie hängt nicht nur von der Qualität der Amtsinhaber ab. Sondern sie hängt vor allem auch von der Urteils- und Auswahlfähigkeit derjenigen ab, die den Amtsinhabern ihr Vertrauen aussprechen und sie in die Ämter wählen. Diese Kritik- und Urteilsfähigkeit⁴³ wird unter den Bedingungen der Mediendemokratie und der Entwicklungen in Richtung Aushandlungs- und Expertengremiendemokratie stärker denn je herausgefordert.

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass Politische Bildung mit Blick auf die von ihr zu bewältigenden Anforderungen tatsächlich immer noch Überschneidungen mit den Anforderungen aufweist, die sich ihr zu Zeiten Hanns Seidels gestellt haben. Gleichzeitig erscheint aber offenkundig, dass sich nicht nur die zeitgeschichtlichen Bedingungen geändert haben, sondern vor allem auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die strukturelle Ausprägung unserer Demokratie. Für die Politische Bildung bedeutet diese eine mehrfache Herausforderung – sowohl inhaltlich als auch mit Blick auf die Adressaten. Es erscheint dabei müßig, sich mit der Frage zu befassen, ob diese Herausforderungen einfacher oder schwieriger sind als es die Herausforderungen an die Politische Bildung zu Zeiten Hanns Seidels waren. Zumindest kann man aber feststellen, dass sich nicht nur die Probleme und Herausforderungen verändert haben, sondern auch unsere Erfahrungen und Fähigkeiten, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Es besteht also Anlass zur Zuversicht, dass auch dieser „Aufbruch in eine neue Zeit“ – gerade auch mit Unterstützung all derjenigen, die zur politischen Bildung beitragen – glücken wird.

⁴³ Zur reflexiven Urteilskompetenz vgl. Scherb, Armin: Demokratie-Lernen und reflexive Urteilskompetenz, in: Himmelmann, Gerhard/Lange, Dirk (Hrsg.), Demokratiekompetenz: Beiträge aus Politikwissenschaft, Pädagogik und politischer Bildung, Wiesbaden 2005, S.270-285, hier S. 278 ff.